

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postweg ohne Bestellgebühr monatlich 2,50 M., bei Zustellung unter Streifenband 4,50 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postreformliste für 1919 eingetragen. Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III. Druckerei: Amt Norden 2595 und 2596.

Leserzeitung sollen die abgefragten Kompartimente über dem Namen 80 Pf. „Meine Zeitung“ das entsprechende Wort 40 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf. Leertungszahlung 50 Proz. Familien- und Versammlungsangelegenheiten fällt der Nachtrag fort. Injunkte für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition anfragen sein.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19  
Druckerei: Amt Norden 2595 und 2596

# Freiheit

## Berliner Organ

### Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Zusammenbruch der Ostpolitik.

## Die Blamage der Regierung.

Berlin, den 6. Mai.

In der vierten Sitzung des Friedensausschusses der Nationalversammlung wurde zunächst die gestrige Erörterung über die Vorgänge in Kurland fortgesetzt. Es kam bei verschiedenen Mitgliedern der Kommission ein starkes Bedenken zum Ausdruck, ob die gestrige Erklärung der Reichsregierung, die dortigen deutschen militärischen Stellen seien an dem Einmarsch des Sturmtrupps der baltischen Landeswehr ganz unbeteiligt, zutreffend gewesen sei. Die Sprecher der Regierung, Reichsminister Erzberger und Unterstaatssekretär Landwehr v. Sömmern erklärten in Nebereinstimmung mit allen Mitgliedern des Ausschusses, die Reichsregierung werde es selbstverständlich nicht dulden, daß die Militärs auf eigene Faust über den Hauptpolitikern, General v. der Goltz sei zur Berichterstattung eingeladen und werde morgen hier eintraffen.

Der Ausschuss hatte aber geglaubt, die Erörterung nicht so lange zurückstellen zu können, da voraussichtlich übermorgen seine Zusammenkunft aus den Friedensbedingungen in Anspruch genommen werden würde. Die Zurückziehung der deutschen Truppen und die Verlegung des Grenzschutzes gegen den Selbstschutzwort an unsere eigene Grenze wurde von den sozialdemokratischen Rednern als im Interesse der deutschen Sache gelegen bezeichnet. Die Werbung für die baltische Landeswehr solle nach Erklärung der Regierung fortan nicht mehr gestattet werden. Daß wir in Kurland nicht die alte Politik wieder aufnehmen können, war offenbar die Heberzeugung der ersten Mehrheit des Ausschusses. Nur die Abn. Traub und Mann vertraten einen in manchen Dingen abweichenden Standpunkt.

Mit der Erörterung dieser kurländischen Frage wurde, angetrieben durch Herrn v. Nitschows, eine Aussprache über die Wiederherstellung unserer Beziehungen zunächst auf wirtschaftlichem Gebiet mit Rußland verbunden. Die Redner einer Partei einig darin, daß auch die Wiederherstellung eines freundschaftlichen Verhältnisses, zunächst eines Handelsvertrages, und wenn möglich, einer Waffenruhe, das oberste Ziel sein sollte. Es wurde mehrfach bemängelt, daß auf die Forderung der Sowjetregierung überhaupt keine Antwort erfolgt sei und daß der deutschen Öffentlichkeit der Inhalt dieser Forderungen unkenntlich werde. Bei aller Vorliebe, die auch gegenüber diesen Forderungen geübt sei, schreibe es doch bezeichnend, solange zu warten, bis schließlich die Punkte durch den Friedensvertrag und das Gelingen unseres Handelsvertrages.

Während der Tagordnung macht Reichsfinanzminister Debusch den Antrag über die Finanzierung der Lebensmittelbeschaffung aus dem Ausland. Damit will sich der Ausschuss am Mittwoch noch befassen.

Wir werden über diese wichtigen Verhandlungen noch ausführlich berichten.

## Die Allierten in Budapest?

Durch das Bureau Savas ist am Dienstag morgen eine Meldung verbreitet worden, die angeblich aus dem rumänischen Pressebureau in Wien stammt, wonach die alliierten Truppen in Budapest einmarschiert seien. Diese Meldung stimmt schon insofern unwahrscheinlich, als es in Wien wohl kein rumänisches Pressebureau geben wird. Außerdem will der Funkdienst des bayerischen Schützenkorps F. einen Funkpruch des Eifelsturms aufgefunden haben, nach dem die ungarische Militärregierung bedingungslos vor den alliierten Kapituliert und die Befehle von Budapest durch die Entente-Truppen zugestanden habe. Im Widerspruch mit diesen Meldungen steht es, daß wir noch Dienstag nachmittag Telegramme aus Budapest erhalten haben; die Befehle der ungarischen Hauptstadt durch Entente-Truppen dürfte also noch nicht Tatsache sein, wenn gleich angenommen werden kann, daß die ungarische Regierung sich in bedrängter Lage befindet. Aus den uns zugegangenen Telegrammen geben wir das folgende wieder:

Budapest, 6. Mai.

Das rumänische große Hauptquartier befindet sich am 8. Mai in den besten Ständen in Eszornof, die dazu geführt hätten, daß die ungarische Stadt gänzlich räumen und Eszornof in die Hände der rumänischen Truppen fiel. Auch wird berichtet, daß die rumänischen Truppen weiter vorrückten. Dem-

gegenüber sei festgestellt, daß Eszornof seit drei Tagen fest im Besitz ungarischer Truppen ist und diesseits der Theiß sich nirgends rumänische Truppen befinden.

## Ein Protest der französischen Sozialisten.

Paris, 6. Mai.

„Humanité“ protestiert gegen die Intervention der Alliierten in Ungarn. Clemenceau und Lloyd George hätten ein Verbrechen gegen das ungarische Volk begangen, und man müsse sehen, daß Wilson es gebührend bestraft. Jeder Franzose habe das Recht und die Pflicht, sich gegen diese Schmach und Schande aufzulehnen.

## Vor den Friedensverhandlungen.

Haase über die Lage in Deutschland.

Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.

Berlin, 6. Mai.

Der „Drahtbericht“, der die Unwissenheit deutscher Gewerkschaftler, wie Legien, in Paris nicht einmal erwähnt, rechnet es sich zur Ehre an, eine Unterbrechung seines politischen Leiters Langner mit Haase in Kurland auszuführen, während sie von der Mehrheit der deutschen Sozialdemokraten während des ganzen Krieges mit soviel Mut die Sache des internationalen Sozialismus verteidigte, während sie von der Mehrheit der deutschen Sozialdemokraten verraten und verstoßen wurde. Aber den jetzigen Stand der deutschen Revolution befragt, sagte Haase:

Niemals war die Lage so günstig für uns und wie jetzt. Der Sturm in unser Lager wüthet täglich. Auch unsere Presse schreitet rüchig weiter, wie die sprunghafte Entwicklung der „Freiheit“ beweist. Die brutale Regierung mit ihrem Erzberger und anderen Persönlichkeiten des alten Regimes mit dunkler Vergangenheit ist absolut kreditlos und ihre Zeit ist bald abgelaufen. Er glaube bestimmt an die baldige Bildung einer rein sozialistischen Regierung. Selbst einzelne Bürgerliche erkennen dies als die einzige logische Konsequenz an. Es würden sich daran Mitglieder, Unabhängige und Kommunisten beteiligen. Voraussetzung für das Zusammengehen mit den Arbeiterpartei ist unbedingt, daß sie sich reinigen durch die Ausschließung ihrer kompromittierten Führer wie Scheidemann, Landwehr, Ober und Koller. Wenn die Kommunisten in letzter Zeit angewachsen seien, so sei dies einzig zurückzuführen auf die schändlichen Verfolgungen, die ärgere sind als alles, was wir unter dem alten Regime kennen lernten. Die Arbeitervereinigung unserer Partei mit den Kommunisten wird fast unbedingt gefordert und wir müssen hoffen, daß sie im Interesse des Sozialismus den Gehweg zu uns finden werden. Im übrigen glaube ich nicht an die Gefahr von links und verweise nicht den antisozialistischen Fanatismus, von dem eine Anzahl alter Kameraden der Internationale jetzt befallen ist.

## Mitteilung des Friedensvertrages an die Allierten.

Paris, 6. Mai. (Draht.)

Der Text des Friedensvertrages mit Deutschland wurde in einer geheimen Sitzung heute nachmittags 2 Uhr den Delegierten der mit Deutschland im Kriege befindlichen alliierten Mächte mitgeteilt.

## Vor der Ueberreichung des Friedensvertrages.

Paris, 6. Mai. (Draht.)

Entliche Mitteilung.) Wilson, Lloyd George und Clemenceau versammelten sich Montag nachmittag, um sich über die im Trientkongress zu den Sitzungen der Konferenz getroffenen Verfügungen Rechenschaft abzulegen. Zu der Mittwochsitzung, in der der Präliminärfriedensvertrag der deutschen Delegation überreicht wird, werden zugelassen die Bevollmächtigten der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und der Dominions, Frankreichs, Italiens, Japans, Belgiens und der tschechoslowakischen Republik. Die Bevollmächtigten werden von je einem Sekretär für jede der Mächte begleitet sein. Es wurde gleichfalls beschlossen, daß Vertreter der Presse zugelassen werden, und zwar in einer Gesamtzahl von dreißig für die Großmächte und die Dominions, zehn für die Mächte mit besonderer Interessen. Die deutsche Delegation wird durch sechs Bevollmächtigte, begleitet von Sekretären und fünf Zeitungs-korrespondenten, vertreten sein.

Paris, 6. Mai. (Draht.)

Die Beglaubigungsschreiben der italienischen Delegation wurden heute morgen den deutschen Bevollmächtigten überreicht.

## Das dunkle Geschäft der U. E. G.

Zu dem unter dieser Ueberschrift erschienenen Artikel in unserer Morgenausgabe vom 1. Mai d. J., Nr. 207, werden wir von der Deutschen Luftreederei mit sehr höflichen Worten um Aufnahme folgender Zusätze gebeten:

Es ist unrichtig, daß General Ludendorff am 23. November 1918 mit einem Flugzeug der U. E. G. von Hennigsdorf nach Schweden geflogen ist.

Wahr ist vielmehr, daß am dem genannten Tage auf Wunsch des damaligen Militärattachés bei der hiesigen schwedischen Gesandtschaft, Herrn Oberst Adlerkreuz, die Deutsche Luftreederei sich bereit erklärt hatte, Herrn Adlerkreuz nach Schweden zu fliegen.

Da die Deutsche Luftreederei damals noch nicht über eigene Großflugzeuge verfügte, trat sie an die Inspektion der Fliegertruppen und das Kriegsministerium mit der Bitte heran, für diesen besonderen Zweck ein bereits abgenommenes Militärflugzeug leihweise zur Verfügung zu stellen. Der Bitte wurde von den genannten Behörden unter ausdrücklicher Zustimmung des Auswärtigen Amtes entsprochen.

Die Befragung des Flugzeuges bestand aus dem Flugzeugführer Herrn Schwandt, dem Beobachter Herrn Schumburg, einem Konfiseur und Herrn Oberst Adlerkreuz.

Unwahr ist, daß das Flugzeug ohne Wissen des Deutschen Reiches bereits vor dem Kriege zum Preise von 110 000 Mark an die schwedische Regierung verkauft und sofort nach der Landung in die Hände der schwedischen Regierung übergegangen sei.

Wahr ist, daß die schwedische Militärverwaltung sofort nach dem gut verlaufenen Fluge mit der Deutschen Luftreederei in Anlaufverhandlungen eintrat und am 29. November 1918 sechs Großflugzeuge gleichen Typs in Auftrag gab. Daraufhin setzte sich die Deutsche Luftreederei mit dem Reichswehrministerium in Verbindung und kaufte dortselbst im ganzen acht Großflugzeuge an. Dieser Ankauf ist bereits am 11. Januar d. J. erfolgt.

Diese Zusätze geht zum größten Teil an den von uns aufgestellten Behauptungen vorüber. Die Firma bestreitet z. B. gar nicht, daß das Flugzeug der schwedischen Regierung zum Preise von 110 000 Mark verkauft, der deutschen Heeresbehörde aber ebenfalls für 117 000 Mark in Rechnung gestellt worden ist. Auch geht sie stillschweigend darüber hinweg, daß die Motoren im Werte von 50 000 Mark nicht ihr Eigentum, sondern Eigentum der deutschen Militärbehörde waren. Wir können es daher auch vollkommen verstehen, daß die U. E. G.-Flugzeugfabrik Hennigsdorf ein Interesse daran hat, daß eine ihrer Tochtergesellschaften die Sache als „harmlosen Reifflug“ des Herrn Oberstleutnant Adlerkreuz darzustellen sucht, um damit den wahren Charakter des Geschäftes zu verjüdelern.

Im übrigen lassen wir es dahingestellt sein, ob überhaupt das Kriegsministerium die Erlaubnis zu dem Fluge erteilt hätte, wenn ihm bekannt gewesen wäre, daß es sich hier nicht um ein der U. E. G.-Flugzeugfabrik gehörendes Flugzeug, sondern um ein Militärflugzeug handelte. Die Genehmigung des Kriegsministeriums bricht auch in keiner Weise davon, daß hier ein deutsches Militärflugzeug in Frage kommt. Wäre letzteres der Fall gewesen, dann hätte das Kriegsministerium die Pflicht gehabt, dafür zu sorgen, daß das „Reifflug“ — wie sich die „Deutsche Luftreederei“ ausdrücken beliebt — zur Verfügung gestellte Flugzeug sofort wieder nach Deutschland zurückkommt. Die Akten des Kriegsministeriums dürften auch Aufschluß darüber geben, ob von seiner Seite aus die Genehmigung erteilt worden ist, daß General Ludendorff mit dem Flugzeug nach Schweden geflogen ist. Auffällig ist, daß die Inspektion der Fliegertruppen die Genehmigung zum Abflug erteilt haben soll; denn dazu war die Inspektion nicht berechtigt. Als vollkommen unwahr muß weiter die Behauptung der „Deutschen Luftreederei“ hinstellt werden, daß das Flugzeug bereits abgenommen war. Es ist ohne behördliche Erlaubnis nach Schweden gelangt, was den an diesem dunklen Geschäft beteiligten Stellen auch genau bekannt war. Die Bauaufsicht der U. E. G.-Flugzeugfabrik Hennigsdorf dürfte hier-



Über Aufführung geben können; auch liegt kein Abnahmeprotokoll vor.

Wir erheben deshalb nochmals die Frage: Wie ist es möglich, daß von der deutschen Heeresbehörde ein Flugzeug begehrt wird, welches in Schweden hergestellt und hier behördlich weder abgenommen noch übernommen worden ist? Hat denn die Bauaufsicht die von der A. G. O. eingezeichnete Rechnung überhaupt anerkannt? Der wirklich stoffgekauftene Verkauf an die schwedische Regierung mit den hohen erzielten Gewinnen ist also durchaus kein „harmloser Reisezug“ des Großflugzeugs „G. V. 1708“. Wenn die maßgebenden Behörden prüfen, wann das erste Flugzeug, also die hier in Frage kommende „G. V. 1708“-Maschine, definitiv der schwedischen Regierung verkauft wurde, so werden sie einwandfrei feststellen, daß dies bereits im November der Fall war. Wie kann aber die A. G. O. - Flugzeugfabrik ein Flugzeug verkaufen, das ihr zu dieser Zeit überhaupt nicht gehörte?

Wir bleiben deshalb nach wie vor bei der von uns aufgestellten Behauptung, daß:

I. die A. G. O. - Flugzeugfabrik das Flugzeug „G. V. 1708“ bereits im November 1918 der schwedischen Regierung zum Preise von 110 000 M. verkaufte; II. für dasselbe Flugzeug von der Heeresinspektion, trotzdem keine Abnahme der Bauaufsicht vorlag, 117 000 Mark am 2. Dezember erhielt, und

III. erst im April 1919 mit dem Reichsverwertungsamt einen Rückkaufvertrag einging, wobei sie aber nur den Wert der ihr nicht gehörenden Motore — nämlich 50 000 M. — zurückzahlte.

Die A. G. O. - Flugzeugfabrik hat mithin für ein Flugzeug 227 000 M. bezahlt erhalten, da die an das Reichsverwertungsamt zurückgezahlten 50 000 M. nur den reinen Wert für die der Militärverwaltung gehörenden Motore darstellten.

Die öffentliche Meinung kann daher verlangen, daß die Staatsanwaltschaft sich für die Verschlebung und den unrechtmäßigen Verkauf von Staatsgut interessiert. Wir stellen daher an die Staatsanwaltschaft das Verlangen, die Angelegenheit eingehend zu untersuchen, um weiteren Verschleierungen vorzubeugen.

Auch der Volkswacht des Arbeiter- und Soldatenrats Groß-Berlin ist nach unserer Meinung verpflichtet, sich jetzt mit der Angelegenheit zu beschäftigen.

## Die Wahrheit über München.

Je mehr Nachrichten aus München kommen, die nicht von offizieller oder militärischer Seite beeinflusst sind, desto deutlicher wird, daß die Vorgänge in München nach dem Einzug der Regierungstruppen denen in Berlin vollkommen ähnlich sind. Zwar ist an der Tatsache der arbeitslosen Ermordung von acht Geiseln nicht zu zweifeln. Aber die Umstände, unter denen diese Tat verübt worden ist, lassen doch erkennen, daß es sich um eine aus der Wut und der Verzweiflung geborene Tat handelt. Die bürgerliche Presse (abgesehen vom „N. N.“) und auch der „Vorwärts“ haben es vollkommen verschwiegen, daß die ständische Ermordung von 21 Menschen in Starnberg eine gewaltige Erbitterung in München auslöst hat und wahrscheinlich die Veranlassung gewesen ist, daß die Erschießung der Geiseln vorgenommen wurde. In einem Bericht der „Frankfurter Zeitung“ aus München vom 2. Mai abends heißt es:

„Die Tatsache der Ermordung der unschuldigen Opfer terroristischer Mäcker stand unüberleglich fest. Sie soll auf die Meinung angeleglicher von den Regierungstruppen in Starnberg verübter Greuelthaten zurückzuführen sein.“

Die unten von uns wiedergegebene Privatmeldung aus München zeigt, daß aber auch in München selbst unabweisliche Greuelthaten der Regierungstruppen mit zu der berüchtigten Mordtat beigetragen haben. Wie unmittelbar die Regierungstruppen auch in München abhauften, zeigt eine bluttriefende Schilderung, die der „Lokal-Anzeiger“ veröffentlicht:

Am Ostfischhof wurden mehrere Mann einer Regierungspatrouille von einem Dach herab beschossen. Als andere Regierungstruppen in das Haus eindrangen, fanden sie auf der Plattform des Daches zwei feuernde Russen, die sie sofort erschlugen. Im Lohschammer Walde wurden 52 Russen umzingelt und im Kampfe getötet. Auch im Dörfelmer Gefangenenerlager, wo sie zunächst selbst kommandieren wollten, haben sich die Russen eifrig am Kampfe beteiligt. Sie wurden aber nach ihrer Umzingelung alle getötet.

Es läßt sich im Augenblick nicht feststellen, ob die Nachrichten von der Bewaffnung der Russen und ihrer Teilnahme am Kampf richtig sind. Durch die Sperrung des telephonischen Verkehrs mit München soll ja auch die einwandfreie Feststellung der Wahrheit erschwert und verlangsamt werden.

Aber die Wahrheit dringt trotzdem durch. Wie die „Münchener Post“ meldet, sind dem Aktionsausschuß der sozialdemokratischen Partei eine beträchtliche Anzahl von Beschwerden über willkürliche Verhaftungen, brutale Behandlung von Gefangenen, über überhäufte Exekutionen zugegangen. Der Aktionsausschuß hat die sofortige Einsetzung eines besonderen Untersuchungskommisars über diese Fälle bei der Regierung Hoffmann beauftragt.

Nach dieser Meldung kann man sich vorstellen, wie die Wehrgarden in München gehaßt haben, wenn selbst die Rechtssozialisten, die sie gerufen haben, sich veranlaßt sehen, Beschwerden gegen ihr Verhalten einzulegen.

Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß die Stimmung der Münchener Bevölkerung gegen die Regierungstruppen außerordentlich erbittert ist. Auch die „Frankfurter Zeitung“ meldet bereits am 2. Mai abends, daß mit der zunehmenden Festigkeit des Kampfes sich die Stimmung in einigen Schichten der Bevölkerung gegen die Breuken gewendet habe, was auch aus den sich mehrenden Beschuldigungsanrufen der Militärbehörden hervorgeht.

Die Verhaftungen gehen inzwischen weiter, doch widersprechen sich immer noch die Nachrichten über die Ermordung der bekannteren Führer. Man wird gut tun, diese Nachrichten vorläufig als nicht verifiziert anzusehen. Kurt Eisners Witwe, die verhaftet war, soll inzwischen aus der Haft entlassen worden sein.

Den Forderungen der bürgerlichen Parteien hat die Regierung Hoffmann zum größten Teil entsprochen. Unter

dem Druck der Militärbehörden geht die Entschaltung der Arbeiterkassen rüstig vorwärts. Der rechtssozialistische Stadtkommandant Schilling und der rechtssozialistische Polizeipräsident Dollnhals sind bereits durch bürgerliche ersetzt worden. Die „Pressefreiheit“, für deren Aufrechterhaltung die Rechtssozialisten in den Kampf zogen, hat sie aber nicht gehindert, alle linksradikalen Zeitungen, auch die „Neue Zeitung“ der U. S. P., zu unterdrücken.

Die „Unverlässlichkeit“ der amtlich verbreiteten Meldungen wird besonders deutlich, wenn man liest, daß die Privatsekretärin Galtzofers, Maria Lohde, verhaftet sei, „die bereits an den Spartakusaufständen in Bremen und Leipzig beteiligt war“. Spartakusaufstand in Leipzig! Welche Phantasie amtlicher Presse!

Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.

München, 6. Mai.

Nach zuverlässigen Nachrichten bestätigen sich die Meldungen über eine Ermordung Landauers nicht. Landauer, Toller und Wähnam wurden wohl von den Regierungstruppen verhaftet, sie waren jedoch Montag mittags noch am Leben. Auch Deulen wurde am Montag verhaftet.

Dagegen bestätigt sich die Meldung über die Erschießung von Geiseln durch Anhänger der Räteregierung. Dieser verabschurungswürdigen Tat ging jedoch, was von der bürgerlichen Presse und auch von den amtlichen Stellen bisher verschwiegen wurde, die Niedermetzelung von 35 Rotgardisten voraus, die verwundet in die Hände der Regierungstruppen gefallen waren. Ein Befehl zur Erschießung der Geiseln ist übrigens von keinem der kommunistischen Führer gegeben worden.

## Protestbewegung in Thüringen.

Nach einem Befehl des Generalkommandos des 11. Armeekorps sollen die thüringischen Städte Weimar, Jena und Gera mit Reichwehrruppen belegt werden. Wie in den anderen Städten, so hat sich auch in Gera der Arbeiterschaft große Erregung bemächtigt. Die dortige „Neuzeitliche Tribüne“ teilt nun folgendes mit:

Das Auftreten dieser Rotgardisten hat allerdings zu großen Konflikten mit der Bevölkerung geführt. Verhaftungen und Gewalttätigkeiten waren überall an der Tagesordnung. Die Arbeiter Gera sind entschlossen, sofort in eine Abwehraktion gegen die Einquartierung dieser Elemente einzutreten, da sie mit Recht eine Gefahr darin erblicken für den weiteren Verlauf der Entwicklung in Reich i. L., wo bisher, vom ersten Tage der Revolution an, bis heute vollständige Ruhe und Ordnung geherrscht hat. In einer am Sonntag vormittag abgehaltenen Sitzung der Reichswehrvertrauensleute wurde die Einsetzung eines Aktionsausschusses beschlossen, in dem alle sozialistischen Richtungen vertreten sein sollen. Dieser Ausschuss hat bis in die späte Abendstunde getagt und alle erforderlichen Maßnahmen vorbereitet. In drei Versammlungen werden die Arbeiter weiter Stellung zu dieser Abwehraktion nehmen.

Der Aktionsausschuß wendet sich mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit, worin es heißt, daß sich diese Bewegung gegen keine Klasse der Bevölkerung und gegen keine politische Partei richtet, daß also für das Bürgertum nicht der geringste Grund zu irgendwelchen Befürchtungen vorliege.

## Die Rotgarde in Braunschweig.

Aus Braunschweig wird uns geschrieben:

Eine ganze Anzahl Mitglieder der U. S. P. D. sind in Braunschweig von Regierungstruppen unmenlich mißhandelt worden. Der „Braunschweiger Volksfreund“ ist unter dem Belagerungszustand nicht in der Lage, durch öffentliche Brandmarke die Arbeiter vor einer weiteren grausamen Behandlung zu schützen. Es ist daher unsere Pflicht, das Vorgehen der Truppen an dieser Stelle festzuzeichnen. Von den vielen Fällen menschlicher Verletzung wollen wir nur die wichtigsten wiedergeben.

Genosse Wilhelm Gorbian, ein alter 62jähriger Mann, wohnt in der Straße bei Braunschweig, wurde nachts mit seinem 17jährigen Sohn aus dem Bette geholt. Er sollte in seiner Wohnung Waffen verstecken haben. Die Durchsuchung brachte kein Ergebnis, trotzdem wurden die Genannten einige Stunden später durch das Dorf nach dem Gutshof geführt und dort in eine Scheune gesperrt. Auf dem Transport wurden beide mit Schlägen traktiert, daß sie zu Boden stießen und bluteten. Auf dem Hofe der Domäne wurden sie auf einen Misthaufen getrieben und mit Weisenscheiben, Kolbenstücken und Fußtrittern traktiert, daß beide die Verinsung verloren. Der junge Gorbian erhielt sogar einen Bajonettschlag. Die auf dem Gute beschäftigten Frauen brachen ob der Mißhandlung in lautes Geschrei aus. Die Soldaten ließen deshalb von ihren Opfern ab. Sie wurden einige Tage gefangen gehalten und später nach Braunschweig zum Verhör transportiert. Dort ergab sich die völlige Haltlosigkeit der Beschuldigungen. Die Mißhandlungen sind noch heute arbeitsunfähig. Mitglieder der Rechtssozialisten haben die nichtwärtige Denunziation vollbracht.

Auf das Schlimmste heimgejagt wird auch die Familie des Kommunisten August Herzog. Die Frau hat Tag und Nacht keine Ruhe, da sie jeden Augenblick auf den Besuch eines Wehrgardisten gefaßt sein muß. Die roten Weisenscheiben haben sich einen Schlüssel zu der betreffenden Wohnung verschafft und tauchen fast jede Nacht auf dem Wege zu suchen. Bei einer dieser Hausdurchsuchungen hat ein Offizier die Bilder Liebkechts und Luxemburgs mit dem Rufe „Pui!“ zertrümmert. Im Zimmer wurde unter dem Beisein der Frau alles durcheinander geworfen und beschädigt. Eine Uhr ist dabei verschwunden. Der Sohn wurde verhaftet, in die Weisenscheibe des Landesgestütes gebracht und dort mit der Peitsche herumgeschlagen. Zwischenhandlung es Ohrläutern. Die Tortur wurde stundenlang fortgesetzt; man wollte den jungen Mann durch diese Folter zu einer Aussage zwingen. Als sich der junge Herzog später über die rohe Behandlung bei einem Hauptmann beschwerte, gab ihm dieser zur Antwort: „Es kommt gar nicht darauf an, wenn einer totgeschlagen wird!“

Besonders unmenlich sind die Wehrgardisten mit einem freigelegten blutigen Schlag aus Esch-Wehringen namens Johann Niederländer umgesprungen. Der Flüchtling hatte auf dem Ostbahnhof Arbeit bekommen, und als er sich dort melden wollte, wurde er von einem Dragoner angehalten. Nach kurzem Wortwechsel schlug ihn der Rotgardist mit einem Gummiknüppel über die rechte Hand, brachte ihn zur Wunde und erklärte, einen ganz gefährlichen Spionisten gefangen zu haben. Die ganze Schwadron begann darauf den Gefangenen zu schlagen. Wohnort wollten den Mann später

ins Lazarett bringen und dem General Marder vorstellen. Niederländer bekam unterwegs einen Nervenschoc, dadurch fiel er wieder in die Hände der Dragoner und die Mißhandlungen begannen von neuem, so daß ihm das Blut aus dem Galle kam. Später wurde der fürchterlich zugerichtete für unschuldig befunden und freigelassen. Der Kreisgerichtsrat Dr. Müller hat schwere Mißhandlungen fest und sicherte die Bestrafung der Rotgardisten zu.

Wie es mit der Ghelichkeit dieser Gesellen bestellt ist, ist bereits in allen Teilen des Reiches bekannt. Ein paar Fälle sollen jedoch angeführt werden: In Weddel bei Braunschweig haben die Soldaten einem Arbeiter 17 M. aus dem Kleiderkasten gestohlen. Bei einem Dienstknuch brachen sie den Kopf auf und schlugen 47 M. In verschiedenen Haushaltungen erzwangen sie größere Mengen Bier. — In Schapfen stahlen die Regierungstruppen am 1. Churfesttag 70 Liter Lagermilch und verzehrten sie an Ort und Stelle. Die kleinen Leute erhalten nicht einmal einen Viertel Liter.

Es ist uns unmöglich, noch weitere Fälle von Greuelthaten aufzuführen. Das Urteil über die moralische Qualifikation der Regierungstruppen ist nach den Vorgängen in Berlin, Halle, in Bremen und im Ruhrgebiet zur Genüge bekannt. Braunschweig bildet ein neues Blatt in dem wenig ruhmreichen Kranz dieser zum Schutze der „Freiheit und Ordnung“ ausgehenden Soldaten.

## Kampf gegen den Schleichhandel.

Der Reichsernährungsminister hat durch Rundschreiben vom 29. April die Regierungen der deutschen Freistaaten ersucht, zur Bekämpfung des Schleichhandels von den Städten und größeren Industriebezirken Kontrollkommissionen in die lieferungspflichtigen Kreise und Gemeinden zu entsenden, um dort die vorhandenen Vorräte und die Erfüllung der Lieferungsfrist durch Stichproben festzustellen. Hierbei sollen die Vertretungen der werksfähigen Bevölkerung, wie Gewerkschaften, Konsumgenossenschaften, Arbeiter- und Bauernräte „amtlich“ hinzugezogen werden.

Eine ähnliche Anordnung hat das Reichsernährungsamt bereits im Januar dieses Jahres erlassen, ohne daß sich die Verwaltungsbehörden viel um diese Anweisung gekümmert haben. Inzwischen ist die Erfüllung der Lieferungsfrist der Landwirte immer geringer geworden und teilweise sogar so schlecht, wie z. B. beim Fleisch, daß die Bewohner großer Gemeinden für absehbare Zeit nicht auf Zuteilung von Fleisch werden rechnen können. Deshalb jammert eine Zukrist „von besonders sachkundiger Seite“ in der Dienstag-Morgenausgabe des „Vorwärts“:

„In den letzten Monaten ist die Ablieferung der öffentlich bewirtschafteten Lebensmittel noch mehr zurückgegangen. Im gleichen Maße hat der Schleichhandel daran zugenommen, daß die allgemeine Versorgung immer mehr gefährdet erscheint. Die allgemeine Demokratisierung ist dazu bei, daß Käufer und Verkäufer sich heimlich abzusichern und sich offenkundig vor den Behörden zu schützen. Das Nachlassen der Achtung vor Recht und Gesetz zeigt von Tag zu Tag schlimmere Bilder. Bei Behörden und ihren Organen zeigt sich mehr und mehr eine Lage Auffassung der Dinge.“

Eine recht unerwünschte und in ihren Wirkungen für die gesamte Volkswirtschaft katastrophale Begleiterscheinung des zunehmenden Schleichhandels waren die sich fortgesetzte steigenden Schleichhandelspreise. Sie haben die Lohnsteigerungen weit mehr veranlaßt als die behördlich festgelegten Höchstpreise und sind letzten Endes eine der Hauptursachen dieser Stille mit all ihren die Volkswirtschaft schädigenden und hemmenden Folgen.“

Dieses „Nachlassen der Achtung vor Recht und Gesetz“ ist besonders groß in den letzten Monaten. Bisher hat die Regierung allen Drohungen der Agrarier tatlos zugehört. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die Agrarier die Anordnungen der Regierung verachten, die sie zur Ablieferung zwingen wollen. Eine wesentliche Ursache hierfür ist die jetzt fast vollständig durchgeführte Bewaffnung des ländlichen Landes, die mit der Billigung der Regierung, sogar auf ihre Anordnung hin gekchehen ist. Wenn jetzt Kontrollkommissionen auf das Land kommen werden, um dort widerstrebliche Landwirte zur Ablieferung zu zwingen, so dürfte vermutlich die Folge sein, daß Mord und Totschlag sie empfangen wird. Die Agrarier brauchen ja nicht zu fürchten, daß sie durch Rotgardisten zur Befolgung der Vorschriften gezwungen werden.

## Fraktionsitzungen der Nationalversammlung.

Berlin, 6. Mai.

Die Fraktionen der deutschen Nationalversammlung in Weimar haben beschlossen, am Sonnabend, den 10. Mai, Fraktionsitzungen in Berlin abzuhalten. Die Eisenbahnenverwaltung hat zu diesem Zwecke angeordnet, am Freitag den Vorkommenszug nach Weimar verkehren zu lassen und hat auch weitere Reiseerleichterungen zugesagt.

## Sturm auf Halberstadt.

Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.

Halberstadt, 6. Mai.

Am 3. Mai rückte in Halberstadt eine Abteilung des Landesjägerskorps ein. Eine Anfrage beim Kommandeur ergab, daß der Befehl dazu vom Reichswehrminister Noke gegeben worden ist. Es soll „Ruhe und Ordnung“ hergestellt und die Bürgerwehr aufgelöst werden. Hans Halberstadt war ab des Einmarsches auf das äußerste überrascht. In der Stadt war bisher alles ruhig, nun steht die Bevölkerung unter dem Terror einer so gelassenen Soldateska. Gleich beim Einrücken der Truppen begannen die Schießereien. Eine Anzahl Verhaftungen wurden vorgenommen, die Verhafteten wurden mit hoherhohen Händen durch die Straßen geführt, wobei es Kolbenstöße und Fußtritte sowie die üblichen Schimpfreden setzte. In den Häusern wurden die Verhafteten in Gruppen geschlagen. Die wehrlosen Menschen schrien, daß die Anwohner aus ihren Häusern flüchten, weil sie das Schicksal nicht mehr aushalten konnten. Das wackelige Schicksal der Regierungstruppen hielt die ganze Nacht an. Auch am Sonntag wurden in die Menge geschleudert. Die wertvollste Bevölkerung ist über diese Schändlichkeit auf das äußerste erbittert. Heute morgen wurde in den meisten Betrieben die Arbeit eingestellt. Am Abend findet eine große Volksversammlung statt. Es ist möglich, daß der Überfall der Soldaten auf Halberstadt zur Einigung des Proletariats führt. Selbst der



Parlamentarismus der Reichsorganisten, der vom Kaiser aus die Menge beruhigen wollte, wurde mit Erfolg bedroht.

### Das Erwachen der französischen Arbeiterklasse.

Das ganze "sozialistische Frankreich" protestiert aufs heftigste gegen die Vorgänge des Pariser 1. Mai. Die "Confédération générale du travail" wendet sich in ihrem Protest an die Bevölkerung von Paris, an alle anständigen Menschen und an die Regierung selbst. Sie redet die Regierung direkt an und sagt: "Ihr seid verantwortlich, weil Ihr den Polizisten unmenschliche Befehle gegeben habt. Ihr habt das Militär gegen das Volk aufgerufen. Ihr seid schuldig. Wir werden uns das merken!"

Rechtliche Proteste veröffentlichten die "Reinigung der Seine-Syndicate", die "Commission administrative permanente" und die sozialistische Fraktion der Kammer. Der Entrüstungsturm der französischen sozialistischen Presse richtet sich vor allem gegen Clemenceau. So sagt Renoult in "Le Populaire" vom 2. Mai: "Clemenceau hat diesen Kampf gewollt, er hat ihn erreicht, aber ohne Zweifel hat die Bedeutung, die dieser Kampf genommen hat, seine Erwartungen übertraffen." Und er fährt fort: "Ohne Zweifel hat dieser elende Greis (so misérable vilainard), der am Rande des Grabes und am Ende seiner Macht noch einmal sich die Hände in französischem Blute waschen wollte, uns unsern ganzen Bohn und unsere ganze Verachtung auf sich zu ziehen."

In demselben Nummer schreibt Genosse Jean Longuet: "Ohne Zweifel hat man in den regierenden Kreisen geglaubt, daß die blutigen Saturnalien, daß die unergieblichen Angriffe, deren Opfer Frauen, Greise und Kinder wurden, notwendig waren, um die verrückte Bourgeoisie zu beruhigen. Eine wahnsinnige Politik, die zu den verhängnisvollsten Beweislagen führt. Wieder einmal scheint es, daß es nicht die Revolutionäre sind, sondern die Regierenden und Bestehenden, die die Revolution vorbereiten und zum Ausbruch bringen."

Compère-Morel sagt in der neuen sozialistischen Tageszeitung "La France Libre": "Das Volk will die Entlassung, die den dummen und verbrecherischen Kriegen ein Ende machen wird. Es will den endgültigen Frieden durch einen Völkervertrag, der nicht eine schändliche und mißgefallene Kapitulation ist."

In der "Humanität" schreibt Marcel Cachin: "Der erste Mai 1919 hätte in der Ruhe und Würde verlaufen sollen, die den großen Ereignissen gebührt, in deren Mitte wir leben. Da die Regierung beschlossen hat, ihn blutig zu gestalten, trägt sie selbst die Verantwortung für die weittragenden und bedauerlichen Folgen ihrer verbrecherischen Handlung."

Die Komplikationen, auf die Cachin hier warnend hinweist, datieren nicht nur von den blutigen Ereignissen des 1. Mai. Schon seit Monaten ist die Bewegung unter den französischen Arbeitern in stetem Wachsen begriffen. Das Bewußtsein der deutschen Revolution ist nicht spurlos an ihnen vorübergegangen. Der Freibruch des Mordes von Naurès hat eine stürmische Protestbewegung ausgelöst und den Klärungsprozeß befeuert. In derselben Richtung wirkt die ganze Politik der französischen Staatsmänner in der Friedensfrage. Die Arbeiter kommen mehr und mehr zu der Erkenntnis, daß diese Politik weder der Demokratie noch dem Weltfrieden dienlich sein kann und daß selbst der bürgerliche Sozialismus Wilsons keine stärkste Begeisterung in den französischen Regierungskreisen und in der französischen Bourgeoisie findet. Ebenso wie seinerzeit die Haltung der deutschen Regierung in West-Litwa die revolutionäre Aufregung in Deutschland mächtig förderte, befeuert die Haltung Clemenceaus und seiner Regierung das Erwachen der französischen Arbeiterklasse aus dem Rausch und Nebel des Sozialpatriotismus.

Wir geben uns keineswegs irgendwelchen phantastischen Hoffnungen über den Charakter dieses revolutionären Prozesses hin. Wir würden es entschieden verurteilen, wenn dieser Faktor für irgendwelche Spekulationen inner- oder außenpolitischer Charakter in Rechnung gestellt werden würde. Aber wir stellen mit Freude und Genugtuung fest, daß die Idee der sozialen Befreiung, die Idee des revolutionären Klassenkampfes nun auch in Frankreich auf dem Markte ist.

### Kritische Lage in Ungarn.

Die "Wiener Arbeiterzeitung" vom 3. Mai gibt folgende Schilderung der jetzigen Lage in Budapest: "Der von der Entente dirigierte Vormarsch der Rumänen und Tschechoslowaken findet keinen Widerstand mehr. Die Note Kowal, auf die man, in völliger Verkennung der Dinge, in Budapest so große Hoffnungen gesetzt hatte, verläuft sich geradezu, und die Österreicher finden auf ihrem Vormarsch gegen Budapest überhaupt keine Hindernisse; der General ist, wenn sie wollen, eine Frage von Stunden. Daß die Stellung der Räte-Regierung unter solchen Umständen unhaltbar wird, ist selbstverständlich, und der Anruf Kowal ist nur ein Mittel der Verweigerung, um den Versuch für eine kurze Zeit aufzubalen. Der Ursprung der Räte-Regierung war, die Ansprüche der Rumänen und Tschechen, von denen gesagt wurde, daß sie das wirtschaftliche Leben Ungarns aufs schwerste gefährden, wenn nicht unmöglich machen, abzuschneiden; nun erklärt sich die Räte-Regierung bereit, die vorpostillos anzurechnen! Angesichts des imperialistischen

Charakters des Angriffes gegen Ungarn besteht wenig Hoffnung, die Gegner werden das Anerkennen annehmen und mit dem weiteren Vormarsch einverstanden sein. Vor allem fällt dabei das Vordringen der Tschechoslowaken auf, das in so hartem Widerspruch zu den Erklärungen steht, die die tschechische Regierung durch den Minister Wechla abgegeben hat. Die tschechischen Sozialisten haben sich zwar gebückt, als ob sie die Zustimmung in die inneren Angelegenheiten Ungarns und die bewaffnete Intervention der tschechischen Armee nicht dulden würden, aber im entscheidenden Augenblick haben sie vollständig versagt. Entweder hat ihnen der Mut oder die Kraft gefehlt, sich dagegen zur Wehr zu setzen, daß die tschechische Armee benützt werde, um dem Entente-Imperialismus einen neuen Triumph zu bringen.

Wie es in Budapest zugeht, ist nicht bekannt; wir erfahren nur indirekt, daß trotz allem die äußerliche Ruhe bisher bewahrt worden ist. Eine große Mitteilung geht dahin, daß den Wälsch beauftragten die Verfügung über die gesamte bewaffnete Gewalt übertragen worden ist. Eine förmliche Abdankung der Räte-Regierung ist noch nicht erfolgt; schon deshalb nicht, weil eigentlich niemand da ist, dem sie übergeben oder der irgend etwas, was einer Regierung gleicht, einsetzen könnte. Aber ihre Sturz ist nicht aufzuhalten und man kann nur hoffen, daß die Regierung rechtzeitig selbst abtritt und für eine geordnete Nachfolge vorsorgt, damit das ungarische Proletariat, das durch den Feldzug seiner Führer in so schwere Bedrängnis geraten ist, aus der entsetzlichen Lage bald und ohne Ungemach herauskomme.

Mittwoch, 7. Mai erscheint

## Die freie Welt

Illustrierte Wochenschrift der U. S. P. D.

Heft 2

In dieser Nummer beginnt der Roman

### Der Teufel von Tolstoi

von  
Jahreshefte Bilder der Mafseleer - Kriegsgreuel im Bilde  
Spediteure! Buchhandlungen! Straßenhändler!  
Hoher Rabatt

### Preussische Landesversammlung.

Dienstag, 10. Mai 1919.

Nach dem mündlichen Bericht des Geschäftsführungs Ausschusses wird beschlossen, drei Vizepräsidentenstellen zu schaffen; zum dritten Vizepräsidenten wird Abg. Dr. v. Kreis (Dnat.), gewählt. Der erste Präsident weilt zur Zeit in Versailles, der erste Vizepräsident Dr. Borch ist durch einen Trauerfall in der Familie verhindert, an den Verhandlungen teilzunehmen.

Das Mandat des Abg. Rau, der in Oberhessen gewählt und zur unabhängigen Sozialdemokratie übergetreten ist, erklärt das Haus für erloschen.

Es folgt eine allgemeine Aussprache zur ersten Lesung des Etats.

Abg. v. d. Osten (Dnat.) führt aus, daß wir ein armes Volk geworden, daß sich dessen aber viele Deutsche noch nicht bewußt seien. Den Sozialreformbestrebungen dürfe man nicht allzuweit nachgeben. Bei der Verwaltungsreform müsse man Einsparungen herbeiführen. Unsere finanzielle Lage erfordere eine Regierung, die weder fürcht vor oben noch vor unten herbe. In konsequenter Weise hätten herborragende sozialdemokratische Führer bereits öffentlich ausgesprochen, daß sie vor dem 9. November dem Volke Versprechungen gemacht haben, die sich nunmehr als absolut undurchführbar erweisen. Daß wir nahezu bankrott gestreift seien, zeige ein Blick auf die Saluta. Weder hätten sich zahlreiche Beamte von der Furcht vor dem Terror anschießen und dadurch in der Führung ihrer Amtspflichten beeinträchtigen lassen. Ruffische Bolschewisten, die sich in Russland nicht mehr halten könnten, hätten Deutschland zum Ziel ihrer Bestrebungen gemacht. Die Lösung des Gegensatzes zwischen dem Individualismus und den Kollektivismus des Sozialismus könnten nur durch gegenseitiges Vertrauen aller Völkern erfolgen. In der Zukunft dürfe es keinen Klassenkampf geben, sondern Versöhnung.

Abg. Schmedding (Centr.): Der Haushaltsplan sehe noch viel ungünstiger aus, als er früher angenommen habe. Der Fehlbetrag werde sich auf mindestens zwei Milliarden belaufen, wobei noch nicht in Betracht gezogen sei, daß die Einnahmen aus den von Preußen abzutretenden Landesteilen auch noch abgehen würden. Die Staatsschuld werde sich auf fast 10 Milliarden belaufen. Man müsse damit rechnen, daß die Einkommen- und Ertragssteuern im nächsten Jahre hart heruntergehen würde, wodurch von ihnen nicht viel mehr übrig bleiben würde, als zur Verzinsung und Tilgung der Staatsschuld nötig sei. Deshalb müsse größtmögliche Sparmaßnahme eintritt. Angesichts der schlechten Finanzlage könne man den Voranschlag der Regierung zu neuen Ausgaben nicht zustimmen. Bei der Besprechung der Einzelteile machte der Redner den Vorschlag, auf die Einnahmen aus zurückkommenden Orden mit 18000 Mark ganz zu verzichten, da dadurch der ganze Apparat der Verwaltung der Ordenskommissionen, der 30000 Mark koste, besetzt werden könne. Durch die Abschaffung der Ordnen würden 450000 Mark gespart. Das preussische Volk solle mit Fleiß und Sparsamkeit und anhaltender Arbeit alle Kräfte daransetzen, wieder zu besseren Verhältnissen zu kommen.

Abg. Heilbrunn (Dem.) meint, daß man sich in der Stunde, wo sich die deutschen Unterländer in Versailles einem rachsüchtigen und schamungslosen Feinde gegenüber befinden, nicht in politischen Kämpfen zerstreuen solle. Was jetzt beim Etat vorgelegt werde, beruhe auf Schätzung. Beim Einigungsabkommen hätten wir uns drei Instanzen, Reich, Staat und Kommune, nicht mehr leisten, wir müßten zur Vereinfachung kommen. Der Redner wendet sich gegen die kommunalen Arbeiterräte, die sich nicht nur als Kontrollinstanzen aufstellen, sondern auch direkt in die Kommunalverwaltung mit Maßnahmen eingreifen, die sehr weittragende finanzielle Konsequenzen hätten. So hätten die Arbeiterräte in vielen Kommunen Arbeitslosenunterstützungen festgelegt und lehrten sich nicht an die inzwischen auf diesem Gebiete erlassene reichsrechtliche Normierung. Sie hätten auch sonst neue Organe, neue Institutionen geschaffen oder gefordert, die Ausgaben verursachen, und damit — und das sei das gefährliche — sei in dem ganzen Staatskörper eine gewisse Anarchie eingeschleht. Die Demokraten fänden die politischen Fragen, die der 9. November aufgeworfen habe, in ihren Grundlagen als gelöst an. Jetzt solle man die

Demokratie endlich auf einmal praktisch werden lassen; denn sei es aber noch nicht überall einmütig bestellt. Vielfach werde noch nach den alten Methoden regiert und kommandiert. Die Wahl bei der Besetzung von Verwaltungsdiensten solle nicht nach der Parteigablonen erfolgen. Das Kaiserthum sei nicht anders als das umgekehrte preussische Kaiserthum. Es werde nicht mehr gearbeitet, sondern politisiert. Man tröste durch die Massen sei notwendig, aber nicht das Hineinreden durch die Massen. An der Verteuerung der Lebensmittel durch die Saluta seien die Strafen schuld. Die Kriegsgesellschaften müßten befristet werden, der deutsche Kaufmann müsse wieder Arbeitsgelegenheit haben.

Mittwoch 12 Uhr: Weiterberatung.

### VI. Verbandstag des Zentralverbandes der Zivilmilitär Deutschlands.

In den Ruffersälen begann gestern vormittag der 6. Verbandstag des Zentralverbandes der Zivilmilitär Deutschlands, der deshalb von Bedeutung ist, weil auf ihm durch Verschmelzung mit dem Allgemeinen Deutschen Rufferverband die Einheitsorganisation für ganz Deutschland geschaffen werden soll.

Der Verbandsvorsitzende Rauth eröffnete um 10 Uhr die Tagung mit der Bekanntgabe folgender Tagesordnung: 1. Konstituierung und Wandausstellung; 2. Redenschafterberichte; 3. weiche Forderungen hat die Rufferschaft an Gesetzgebung und Verwaltungsstellen zu stellen; a) bezüglich der Regelung ihrer allgemeinen Rechtslage, b) bezüglich der Verstaatlichung von Theatern und Konzertsunternehmungen, c) bezüglich des Lehrlings- bzw. Auszubildungswesens, d) bezüglich der Militär-, Beamten- und Kustländerkonkurrenz; 4. Statutenberatung; 5. Gewerkschaftsangelegenheiten; 6. Sonstige Anträge; 7. Wahl der Verwaltung und Regelung der Beamtengehälter; 8. Ort des nächsten Verbandstages. — Zu Vorsitzenden wurden Rauth und Wossing, Berlin, zu Schriftführern Justus, Berlin und Dahm, Bremen gewählt. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ist durch Sabath vertreten.

Der Vorsitzende Rauth gab in seinem Rechenschaftsbericht ein Bild von den Esamverhältnissen, denen der Verband durch das Kriegsausbruch gegenübergestellt war. Der Vorstand sah sich genötigt, um die Kollegen einigermaßen über Wasser zu halten, eine Notstandsunterstützung einzuführen. Paragraph 7 des Statuts wurde aufgehoben, der Höchstbeitrag von 40 Pf. auf 10 Pf. herabgesetzt und die Streit- und Krankunterstützung außer Funktion gesetzt werden. Mit der Einführung der staatlichen Gewerkschaftsunterstützung wurde später die Notstandsunterstützung in eine Arbeitslosenunterstützung umgewandelt. Den letzten Stolz belam die Organisation durch das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst, die Zahl der Mitglieder sank auf 300 in 12 Ortsvereinigungen. Der Redner trat dann der Auffassung entgegen, daß der Verband seine Tätigkeit während des Krieges hätte einstellen müssen. In diesem Falle hätte der "Verein Berliner Ruffler" anstatt zum Zentralverband überzutreten noch rechts beim Allgemeinen Deutschen Rufferverband" Anschluss suchen müssen.

Nach dem Abbruch des Krieges setzte mit der Revolution sofort ein Aufrück des Verbandes ein. Die Ruffler glaubten, daß auch für ihren Beruf jetzt eine Besserung der sozialen Lage zu erwarten sei. Aber das Versprechen des damaligen Volksbeauftragten Landberg, daß die sozialistische Republik den Zivilmilitären durch Beamten- und Militärsoldaten keine Konkurrenz machen werde, ist bis heute unerfüllt geblieben. In Berlin haben sich in kurzer Zeit 14 Rufflervereine gebildet, jede mit einem eigenen Rufflerkorps, die genau so wie die übrigen Militärsoldaten gewerkschaftlich Ruffler machen. Auch mit diesen Fragen wird sich der Verbandstag eingehend beschäftigen müssen.

Nach der Mittagspause gab der Vorsitzende zunächst ein Antwortschreiben des Reichsarbeitsministers Bauer auf die Einladung zur Teilnahme am Verbandstag bekannt, in dem er sein Nichterscheinen damit entschuldigt, daß die Sozialisierung der Theater- und Konzertsunternehmungen Sache des Reichswirtschaftsministeriums sei. Der Vorsitzende erklärte, solche Antworten wohl von der früheren Regierung gewünscht zu sein, sie aber nicht von einer sozialistischen Regierung erwartet zu haben. Die Ruffler werden aber auch ohne Regierung ihre Forderungen zu vertreten wissen.

Aus dem Kassener Bericht ist hervorzugehen, daß der Verband augenblicklich in 66 Ortsvereinigungen mit 10000 Mitgliedern umfaßt und über einen Kassenbestand von 42504 M. verfügt.

In der Diskussion über den Rechenschaftsbericht wandte sich Goldstein, Düsseldorf gegen jedes Zusammenarbeiten mit Angehörigen des Heeresmilitärkorps.

Da unterdes der Präsident Cords und Vizepräsident Brichel vom Allgemeinen Deutschen Rufferverband" erschienen waren, wurde zunächst die Verschmelzungsfrage behandelt. Der Vorsitzende Rauth legte die Gründe dar, die zur Verschmelzung drängen. Der Gedanke der Einheitsorganisation tauchte im November vorigen Jahres auf, als zum Zwecke der reibungslosen Demobilisation die Gewerkschaften mit den Unternehmern zu Arbeitsgemeinschaften zusammenzutreten. Um auch die Unternehmer im Rufflerkorps, namentlich die Raffschleuscher, die während des Krieges so viel verdient haben, daß sie ihre Arbeiter leicht verdoppeln können, um arbeitslose Ruffler zu beschäftigen, zu zwingen, diesen Arbeitsgemeinschaften beizutreten, war eine Einigung unter den Rufflern notwendig. Der Plan, die Einheitsorganisation schon mit dem 1. Januar in Kraft treten zu lassen, scheiterte an dem Kompenzbedenken des Präsidenten vom Allgemeinen Deutschen Rufferverband, der erst einen Beschluß einer Delegiertenversammlung in Weimar herbeiführte. Diese entschied sich dann dafür, daß die Verschmelzung mit dem Zentralverband zum 1. Juli perfekt werden soll. Von beiden Organisations werden neungliedrige Kommissionen ernannt, die die unbeschränkte Vollmacht haben, die Verschmelzung herbeizuführen.

In der gestrigen Diskussion spielte die Frage der Wahrung der Berufseinheit und des Bestandes bestehender Interessen eine große Rolle. Präsident Cords vom A. D. R. V. vertretet den Grundged, daß besondere Interessengruppen gleich den Sektionen in anderen Gewerkschaften ihre Existenzberechtigung haben. Die Diskussion über die Verschmelzungsfrage wurde zum Mittwoch vertagt.

### Ein Munitionsdépôt in die Luft geflogen.

Brüssel, 6. Mai. (Gavas-Neuter.) Das riesige Munitionsdépôt auf dem Rennplatz Groenenbael bei Brüssel ist heute morgen in die Luft geflogen. Ueber die Verluste ist bisher noch nichts bekannt geworden.

Amsterdam, 6. Mai.

Einer Gavas-Neuter-Meldung aus Brüssel zufolge war in dem Munitionsdépôt von Groenenbael die gesamte deutsche Artilleriemunition aufgeschichtet. Es wird angenommen, daß die Munition sich unter der Einwirkung der Sonne von selbst entzündet hat. Es gelang, 36 Wachtmannschaften und 670 deutsche Gefangene zu retten. Die verbliebenen sind verblieben von ihnen getötet worden. Unter den Granaten befanden sich mehrere 45-Zentimeter-Granaten, desgleichen auch Gasgranaten.











